

# Liechtensteiner Volksblatt



erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Reagan würdigt Fortschritt Spaniens

US-Präsident Reagan hat vor Vertretern der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens in Madrid die Fortschritte Spaniens auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in den letzten zehn Jahren gewürdigt. Für den Nachmittag stand noch eine zweite Begegnung mit dem spanischen Regierungschef Gonzalez auf dem Besuchsprogramm Reagans.

### SDI-Diskussion geht weiter

Die SDI-Diskussion beschäftigt erneut den Bundessicherheitsrat. Bei dem in diesem Monat geplanten Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand soll versucht werden, wieder einen Gleichklang in den Fragen der Mitarbeit bei der strategischen Verteidigungsinitiative der USA und vor allem der geplanten europäischen Technologiegemeinschaft herzustellen.

### Schwerste Kämpfe in Beirut

Die libanesische Hauptstadt ist nach Angaben von Beobachtern im Verlauf der letzten 24 Stunden Schauplatz der schwersten Kämpfe verfeindeter Milizen seit zehn Monaten gewesen.

### Teuerungsauftrieb gestoppt

Der seit Jahresanfang anhaltende Teuerungsauftrieb in der Schweiz und in Liechtenstein ist im Monat April gestoppt worden: Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung ging gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozent zurück; und die Jahresteuerrate sank auf 3,6 Prozent, verglichen mit 3,9 Prozent Ende März. Wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Bifa) am Dienstag weiter bekanntgab, ist die Abschwächung des Indexes auf 107,5 Punkte (Dezember 1982 = 100) vor allem auf die rückläufigen Heizölpreise zurückzuführen.

### OPEC-Staaten: An Ölpreisstruktur festhalten

Kuwait (AP) Die Organisation erdöl-exportierender Länder (OPEC) und Saudi-Arabien sind entschlossen, an der Preisstruktur des Kartells festzuhalten ungeachtet der Tatsache, dass die weltweite Nachfrage nach Öl ihren tiefsten Punkt erreicht hat. Das erklärte der saudiarabische Erdölminister Sheikh Achmed Saki Yamani in einem in London geführten und am Dienstag veröffentlichten Interview mit der kuwaitischen Zeitung «Al Watan».

«Der internationale Rohölmarkt kann sich nicht weiter verschlechtern; doch wir sind entschlossen, die Preise nicht unter das gegenwärtige Niveau absinken zu lassen», zitierte das Blatt Yamani.

### Liechtensteiner Volksblatt

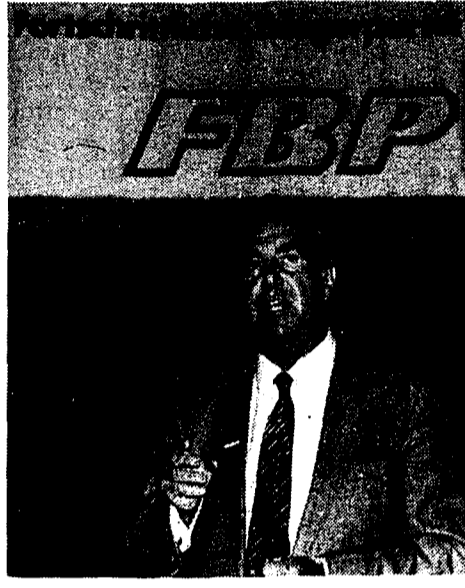
#### Erscheinungsweise

Wegen des Feiertages Christi Himmelfahrt am 16. Mai erscheint das VOLKSBLATT in der kommenden Woche nur fünf Mal: am Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Die Donnerstag-Ausgabe vom 16. Mai entfällt. Inserat-Unterlagen und allfällige Textpublikationen für die Freitag-Ausgabe vom 17. Mai (erscheint in Grossauflage) müssen bis spätestens Mittwoch, den 15. Mai mittags um 12 Uhr in unserem Besitz sein, da der Zeitungsdruck vorverlegt werden muss. Wir bitten um Verständnis und Beachtung der geänderten Abschlusszeiten.

## Für mehr Volksherrschaft und weniger Parteiendiktat

Deshalb ist die Volksinitiative für 25 Landtagsmandate die gerechtere und bessere Lösung!

Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) tritt für eine Erhöhung der Zahl der Landtagsmandate auf 25 ein, weil sie darin die gerechtere Lösung sieht, die den Wählerwillen zum Tragen bringt, die Chancen der Frauen zur Wahl ins Parlament erhöht, die Chancen von neuen Minderheiten intakt hält und nicht am heutigen Zahlenverhältnis Oberland/Unterland rüttelt.



Parteipräsident Dr. Herbert Batliner vor der FBP Vaduz: «Die Erhöhung auf 25 Abgeordnete begünstigt die Möglichkeit, dass Frauen als gewählte Abgeordnete, nicht nur als Stellvertreter, im Landtag Einsitz nehmen können.»

So lautet die Kürzestformel eines Referates, das FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner am Montagabend vor der FBP-Ortsgruppe in Vaduz im Hinblick auf die Volksabstimmung betreffend die Erhöhung der Zahl der Landtagsabgeordneten hielt. Der Parteipräsident verstand es einmal mehr, die Versammlung mit einfachen aber treffenden Argumenten von der Richtigkeit des Weges zu überzeugen, den die FBP mit ihrer Volksinitiative für 25 Abgeordnete eingeschlagen hat.

### Der heutige Zustand

15 Abgeordnete, die erst noch in zwei Parteifraktionen zerfallen, sollten eine Verwaltung mit mehreren Hundert Mitarbeitern und einen Staatshaushalt von mehreren Hundert Millionen Franken kontrollieren! Nachdem bisherige Bemühungen zur Stärkung der Volksvertretung scheiterten, behalf sich der Landtag selbst. Mit einem Trick!

Stellvertretende Abgeordnete, die eigentlich nur im Verhinderungsfalle eines gewählten Abgeordneten zur Wahrung des politischen Gleichgewichtes im Plenum mitstimmen dürften, wurden stillschweigend mit allen Kompetenzen eines gewählten Abgeordneten ausgestattet.

Dadurch erhöhte sich die Zahl der Volksvertreter in der Praxis auf 29, wovon allerdings nur 15 vom Volk wirklich gewählt und die übrigen 14 von den Parteien portiert sind.

Obwohl beide Parteien um die Mitarbeit der Stellvertreter froh waren (und es noch sind) konnte diese «Lösung», die eigentlich keine war, auf Dauer nicht befriedigen.

### Missbrauch der Stellvertreter

Namentlich die VU bediente sich in den letzten Jahren besonders häufig ihrer Stellvertreter, um ordentlich gewählte Abgeordnete ausruhen zu lassen. So setzt die VU regelmässig etwa ein Drittel Stellvertreter ein. Daran ist an sich nichts Schlimmes. Dem Ansehen unseres Parlamentes aber ist es wohl weniger zuträglich, wenn man die Institution der Stellvertreter in einer Form missbraucht, wie dies die VU anlässlich der Landtagsitzung vom 19. Dezember 1984 getan hat.

Um die auch in den eigenen Reihen umstrittene Wiederwahl von Staatsgerichtshof-Präsident Dr. Erich Seeger zu gewährleisten, wurde der VU-Abgeordnete Ludwig Seger in der Mittagspause heimgeschickt und sozusagen fliegend durch einen Stellvertreter ausgewechselt!

### Kein Einvernehmen erzielt

Versuche der FBP, mit der VU eine einvernehmliche Lösung bezüglich der Erhöhung der Mandatszahl zu finden, scheiterten. Die VU rückte von ihrem anfänglichen Ja zu 25 Mandaten wohl aus parteistrategischen Gründen wieder ab und will die umstrittene Stellvertreterfrage einfach durch die Legalisierung des heutigen Zustandes lösen. Weiterhin sollen zehn Kandidaten, die den Sprung ins Parlament aus eigener Kraft nicht schafften, dank der Parteiliste mit allen Kompetenzen ausgerüstet werden.

### FBP auf eigenen Weg gezwungen

Der FBP-Vorschlag: 25 ordentlich gewählte Abgeordnete. Und damit das Kräfteverhältnis im Parlament auch bei Verhinderung eines Abgeordneten gewahrt bleibt, sollen stellvertretende Abgeordnete bei Abstimmungen im Plenum eingesetzt werden dürfen, und zwar im Verhältnis zu einem Drittel der gewählten Abgeordneten einer Fraktion.

Nach diesem Schlüssel könnte die FBP-Fraktion heute im Unterland bei drei ordentlichen Abgeordneten einen Stellvertreter beanspruchen und im Oberland mit vier ordentlichen Abgeordneten deren zwei (Aufrundung auf ein Drittel).

### Will die VU wirklich eine Stärkung der Volksvertretung?

Wenn man weiss, dass die VU der FBP bei den zwischenparteilichen Verhandlungen einfach in den Rücken gefallen ist und ihr plötzlich die 21er-Variante als Parteidiktat vorschreiben wollte, muss man echte Zweifel daran haben, dass es der VU mit der Mandatszahlerhöhung ernst ist. Denn dadurch, dass sie hinter der FBP nach ebenfalls eine Volksinitiative lancierte, gefährdet sie beide Vorstösse auf eine Stärkung. Das gleiche gilt mit ihrer Stellvertreter-Variante, welche die Parteienherrschaft über die Volksherrschaft stellt und dies noch dazu im Grundgesetz verankern will.

### Doppelbödiges Spiel

Wie doppelbödig das Spiel ist, das die Exponenten der VU im Zusammenhang mit der vorgesehenen Mandatszahlerhöhung treiben, beweist die VU-Argumentation mit den Frauen. «Es wäre nach Ansicht der VU schade, wenn beispielsweise zu Ersatzabgeordneten gewählte Frauen (...) von einem grossen und wichtigen Teil der Mitwirkung im Parlament, der Arbeit in Kommissionen, ausgeschlossen würden («Vaterland» vom 7. Mai 1985).

Die VU geht offenbar von vorneherein davon aus, dass Frauen, wenn überhaupt, im besten Falle stellvertretende Abgeordnete werden können; mit einer gewissen Berechtigung, wenn man die VU-Vorschläge betrachtet: denn je weniger Abgeordnete gewählt werden können, desto kleiner sind die Chancen für neue Wählergruppierungen oder Minderheiten. Mithin auch für die Frauen.

### Die Frauen haben es in der Hand

Zum ersten Mal seit der Verwirklichung des Frauenstimm- und Wahlrechtes haben es die Frauen in unserem Lande selbst in der Hand, ob ihre Chancen bei den nächsten Landtagswahlen grösser oder kleiner sind. Zum ersten Mal können sie selbst mitbestimmen, wie ernst es ihnen um einen weiteren, wichtigen Schritt zur Verwirklichung der politischen Gleichberechtigung ist. Die von der FBP lancierte Volksinitiative für 25 gewählte Abgeordnete bedeutet mehr Volksherrschaft und weniger Parteiendiktat. Sie bedeutet mehr Gerechtigkeit und gibt auch künftigen Minderheitsgruppierungen eher eine Chance die Politik in unserem Lande mitzugestalten!

## KOMMENTAR

In der anderen Zeitung scheint man sich darauf zu spezialisieren, genau das zu veröffentlichen, was sie im Prinzip nichts angeht, aber nach dem dort offenbar herrschenden kleinkarierten Denken unumgänglich erscheint.

Das jüngste Beispiel ist ein sogenannter offener Brief, der das VOLKSBLATT betrifft, aber im Liechtensteiner Vaterland publiziert wurde. Den Artikel selbst über «Die Flup-Männer zeigen politisches Interesse», den das Liechtensteiner Vaterland nach dem Begleitschreiben auch erhalten haben könnte, liess man bisher unberücksichtigt.

Vorher schon hat sich ein Freiherr über die Kritik an seiner geschichtlichen Darstellung und Wertung der Kriegszeit mit einer Gegendarstellung gemeldet, aber nicht abwarten können, bis das VOLKS-

### Flup-Männer und anderes

BLATT diese Empfindlichkeiten – auf seinen eigenen Wunsch an einem bestimmten Wochentag – abdruckte, sondern schon zwei Tage vorher seinen Vorgesetzten im Liechtensteiner Vaterland über jeglichen Versuch einer Kritik an geschichtlich bedenklichen Ungenauigkeiten lästern lassen.

Dabei ging es nicht um die Sache selbst, sondern ganz offensichtlich nach dem Muster: Warum denn gleich sachlich, wenn's persönlich auch geht!

Auch einige der Mitglieder des Initiativkomitees Gleiche Rechte für Mann und Frau liessen sich vom Vaterland-Vorbild verleiten, indem sie in dem offenen Brief von der Verhöhnung «jeder minimalsten journalistischen Ethik», von «Manipulation» und «willkürlich gewählter Unterschrift» schrieben.

Dazu ist zu bemerken, dass die Redaktion entscheidet, ob ein Beitrag erscheint, wann er publiziert wird und in welcher Aufmachung er innerhalb des Blattes aufscheint. Der Vorwurf, einen Leserbrief fingiert zu haben, kann deshalb zurückgewiesen werden, denn eine Zuschrift ist nun einmal eine Leserschrift, die entweder unter Leserbriefen oder unter «eingesandt» oder auch sonstwie veröffentlicht werden kann. Dass sich das Initiativkomitee ein Recht herausnehmen möchte, die Aufmachung und den Zeitpunkt der Publikation zu bestimmen, geht zu weit. Ein solches Recht besteht nun einfach nicht.

Im übrigen sind es genau die Beiträge in der Art der «Flup-Männer», die nichts zur Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen. Sie verwirren, stossen ab und tragen dazu bei, dass eine allfällige Volksabstimmung in der vom Initiativkomitee gewünschten Art keine Chance zur Annahme hat. (G.M.)

### Flugzeugunglück in der UdSSR

#### Alle Insassen getötet

Moskau (AP) Ein sowjetisches Passagierflugzeug ist nach einem Bericht der in Tallinn (Reval) erscheinenden Tageszeitung «Sowjetskaja Estonia» bei einem Inlandsflug in der westlichen Sowjetunion abgestürzt. Wie das Blatt in seiner Sonntagsausgabe, die erst am Dienstag mit der Post in Moskau eintraf, schrieb, kamen bei dem Unfall alle Insassen ums Leben. Aus dem Zeitungsbericht gingen weder der Ort des Absturzes noch die Zahl der umgekommenen Personen oder der Typ des Flugzeugs hervor.

### Dollarkurs wieder gefallen

(AP) Der Kurs des amerikanischen Dollars ist am Dienstag an den internationalen Devisenmärkten gefallen. In Frankfurt wurde beim Fixing ein Mittelkurs von 3,1960 Mark festgestellt, das sind gut fünf Pfennig weniger als am Montag (3,2490). Die Bundesbank griff nicht in das Marktgeschehen ein. In Zürich wurde der Dollar mit 2,6875 Schweizer Franken genau fünf Rappen niedriger notiert als am Montag (2,7375). Für 100 Mark wurden 84,04 Rappen gezahlt nach 84,21 tags zuvor.

## CDU: Für Frieden und Freiheit

### Erklärung zum 8. Mai – Scharfe Kritik an der SPD

Bonn (AP) Zu «Frieden und Freiheit» hat sich die CDU in einer Erklärung zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai bekannt. «Der 8. Mai beinhaltet eine Doppelverantwortung für uns Deutsche: Gegen Krieg und Diktatur, für Frieden und Freiheit einzutreten», betonte CDU-Generalsekretär Heiner Geissler am Dienstag vor der Presse in Bonn.

Scharfe Kritik wird in der Erklärung an der SPD und der Sowjetunion geübt. «Die SPD verkennt, dass die Spannungen zwischen Ost und West nicht begründet sind in der Existenz von Waffen auf beiden Seiten, sondern in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur». Die Forderung des ersten SPD-Vorsitzenden nach dem Krieg, Kurt Schumacher, «nie wieder Diktatur» sei für die SPD, die zu ihrer Nürnberger Tagung auch Kommunisten eingeladen habe, offenbar kein Thema mehr. «Die SPD hat die Fähigkeit verloren, zu erkennen, welche Werte wir zu verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Feinde sind».

Der 8. Mai bedeute für die Demokraten eine Aufforderung, sich von keiner totalitären Macht einschüchtern zu lassen und in allen Teilen der Welt für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten. Die CDU verurteile in gleicher Überzeugung auch die Menschenrechtsverletzungen und die Unmenschlichkeit der Kommunisten. «In der Sowjetunion leben heute zwei Millionen Menschen in Konzentrationslagern, werden Juden und Christen verfolgt und die Sowjetunion führt einen blutigen Krieg gegen das afghanische Volk», wird in der CDU-Erklärung kritisiert.

## Zivilstandswesen 1984 in Liechtenstein

### Mehr Vermählungen als ein Jahr zuvor

Wie der gestern veröffentlichten Zivilstandsstatistik des Volkswirtschaftsamtes zu entnehmen ist, haben im Jahre 1984 total 377 in Liechtenstein wohnhafte Personen geheiratet und zwar 194 Männer und 183 Frauen. Das entspricht einer Zunahme von 15 Vermählungen im Vergleich zum Vorjahr.

Von den 194 eheschliessenden Männern heirateten 140 mit hier wohnhaften Frauen und 54 mit Frauen mit Wohnsitz im Ausland. Die 183 eheschliessenden Frauen nahmen 140 in Liechtenstein wohnhafte und 43 im Ausland wohnhafte Männer zum Ehepartner.

heirateten 43 eine Liechtensteinerin, 39 eine Schweizerin, 28 eine Österreicherin und die anderen 20 eine Frau sonstiger Nationalität. Von den 93 in den Ehestand eingetretenen liechtensteinischen Frauen heirateten 42 einen Liechtensteiner, 34 einen Schweizer, 13 einen Österreicher und die anderen vier einen Mann sonstiger Nationalität.

Im ersten Halbjahr heirateten von 87 liechtensteinischen Männern 73 (das sind 83,9 Prozent) eine Frau ausländischer Herkunft. Massgeblich für diese Begebenheit war die Gesetzesänderung durch welche ab 2. Juli 1984 eine ausländische Ehegattin nicht mehr gleichzeitig mit der Eheschliessung mit einem Liechtensteiner das liechtensteinische Landesbürgerrecht erwirbt.

Von den 130 in den Ehestand eingetretenen liechtensteinischen Männern